

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

16.9.1852 (No. 219)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. September.

N. 219.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gehaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

□ Lehren der Zeit.

Es wird Niemand so verblendet sein und so eitel, daß er behauptete, die Zeiten der großen Erschütterung, die wir erlebt haben, trügen für ihn allein keine Lehre in ihrem Schooße. Die Bewegung war zu allgemein, als daß nicht nach allen Seiten Stoff zum Nachdenken über Das, was diesen Umsturz herbeigeführt, und über die Mittel und Wege, wie die Gegenwart und die Zukunft gegen die Wiederkehr solch anarchischer Zustände zu sichern sei, gegeben wäre. Wenn man nun auf der einen Seite gerne zugeben wird, daß nur ein kluges Fortschreiten mit der Zeit und Befriedigung der Bedürfnisse des Volks Ruhe und Frieden auf die Länge erhalten könne, so hat man auf der andern Seite zur Genüge erfahren, zu welchem Ziele man kommt, wenn man an die Stelle des besonnenen Fortschreitens das blinde Fortstürmen, an die Stelle der parteilosen Würdigung aller Verhältnisse die reißenden Vorbedachts sich bewußte oder auch blind leidenschaftliche Verkennung und Geringschätzung derselben, an die Stelle des Muthes der Wahrheit auch dem Volke gegenüber die plumpe Schmeichelei gegen dasselbe, an die Stelle der Kräftigung des geselligen Sinnes auch im Volke die Schwächung desselben, an die Stelle des Kampfes mit erlaubten den mit vergifteten Waffen, an die Stelle gründlicher und wohlgeleiteter Belehrung durch Wirkung auf den Verstand unverstandene Stich- und Schlagwörter setzt, die auf die Leidenschaften wirken, den Verstand betäuben, und die Entscheidung über die politischen Fragen so endlich vom Gebiete des Geistes und Gesetzes auf das der rohen Gewalt, der Willkür und Anarchie hinüberspielen.

Will man das Recht haben, das Rechtsbewußtsein nach oben zu verlangen, so richte man die Forderung eben so nach unten. Wie im Staate keinem Einzelnen gestattet ist, Selbsthilfe sich zu nehmen, so auch nicht der Gesamtheit der Einzelnen. Wo die größte Gefahr droht, dahin richte man vor Allem seine Blicke, da Sorge man vor allen Dingen, „daß der Staat nicht Schaden leide“ (no quid detrimenti capiat respublica). Was Gutes geschehen kann und geschehen ist, wenn ein geselliger Zustand besteht, das zeigt die Geschichte auf allen ihren Blättern, zeigt insbesondere die Geschichte Deutschlands. Geistiger Fortschritt, sittliche Bildung, materieller Wohlstand ist lange Zeit geblieben, selbst bei unvollkommenen politischen Zuständen; aber alles dieses steht auf dem Spiel, wenn die Revolution siegt. Daß aber eine neue siegreiche Revolution eine ganz anders grauelhafte werden würde, als die letzte, Das räumt ja wohl Jeder ein. Niemand, der sich als Gegner der ersten erwies, glaube Gnade zu finden bei einer neuen.

Von dieser Seite droht die größte Gefahr von Rechtsverletzung, Vergewaltigung, Willkür, Umsturz alles göttlichen und menschlichen Rechts, und darum rufen wir dem Volke die Tugenden ins Gedächtnis, die seit Jahrtausenden die Ehre seines geschichtlichen Namens begründen. Wirft es diese auf die Seite, dann ist die Zeit nicht fern, wo es zugleich geistig und politisch verworfen wird. Wir hoffen aber, es wird nicht wieder zur Leidenschaft, zur Verachtung der Autorität und ihrer Träger, zum Haß gegen Alle, die es nicht bloß an seine Rechte, sondern auch an seine Pflichten erinnern, sich aufstacheln lassen; wir hoffen, es besolgt die Mahnung, sich mit dem praktisch Erreichbaren und nicht mit hohlen Theorien, z. B. des allgemeinen Stimmrechts, der Monarchie auf breiterer demokratischer Grundlage, dem absoluten Vereins- und Versammlungsrecht, der schrankenlosen Pressfreiheit, der möglichsten Beschränkung und Schwächung aller Autorität, zu befremden, nachdem es gesehen hat, welche Leute in dem Raube schwelgen, wenn sie zur Gewalt gelangen. Wir hoffen, es will Nichts mehr wissen von altem Parteiwesen, nachdem dies im Frankfurter Parlament, aller Welt zum Spott, im Glanze seiner Dummheit und Unfähigkeit, seiner Verflüchtigung und Zersplitterung in allen Richtungen der Windrose sich gezeigt hatte; wir hoffen, es stimmt uns zu, wenn wir wollen, daß seine Vertreter auf dem Landtage, wie seine Vertreter in der Presse sich die Hand bieten zu einträchtigem Wirken, zur Kräftigung und Unterstützung einer Regierung, deren Name verknüpft ist mit Wiederaufrichtung der Verfassung, einer Regierung, die, wenn sie Recht und Gesetz gekräftigt und geachtet sehen will, Dies nur in des Volkes eigenem wohlverstandenen Interesse thut. Die Feinde der öffentlichen Ordnung sind besiegt, aber nicht ausgerottet; sie zetteln im Ausland, sie haben Anhänger in allen Ländern, und Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird. Das aber soll und kann Jeder wissen, was seine Pflicht ist gegen Fürst und Vaterland, und daß nur in dem festen Zusammenhalten aller Derer, deren Interessen mit einem gesicherten Rechtszustand zusammenhängen, eine Bürgschaft für die Gegenwart und die Zukunft liegt. Man mag Nachsicht üben gegen Schuldige, und sie ist in reichem Maße schon geübt worden; allein um so mehr muß auf geselligen Sinn im Volke gedrungen werden, damit es in sich selbst zugleich einen Warner und einen Kämpfer finde, wenn die Zeiten neuer Prüfungen für Deutschland kommen sollten.

≡ Die deutsche revolutionäre Propaganda in London und die Revolutionsanleihe.

VIII.

Dem Mundschreiben von Reichenbach und Willich liegen zwei andere Aktenstücke bei, eine Denkschrift und der Plan zu der Anleihe.

Die Denkschrift beschäftigt sich zunächst mit der Erörterung der in der Partei selbst vorhandenen und dem gemeinsamen Wirken hinderlichen Spaltungen. Es wird ausgeführt, daß diese Differenzen erst nach dem Eintritt der siegreichen Revolution Bedeutung haben können, daß sie aber bei der gegenwärtigen Arbeit, der Vorbereitung der Revolution, zurücktreten müssen. „Was“, heißt es in dieser Beziehung, „die prinzipiellen Unterschiede der Fraktionen selbst betrifft, so bestehen sie wesentlich in der Verschiedenheit der Konsequenzen, welche man aus der Voraussetzung einer gelungenen republikanischen Revolution in Deutschland zieht. Der praktische Inhalt, der materielle Theil des Streits fängt erst an mit der erfüllten Voraussetzung, mit der Thatsache der republikanischen Revolution. Welches auch das politische und soziale Ideal, der perspektivische Zielpunkt einer demokratisch-revolutionären Fraktion sein möge, die Herstellung der demokratischen Republik ist jedenfalls die Grundbedingung ihres materiellen Wirkens; sie ist das erste notwendige Stadium auf ihrem Wege. Wir Alle wollen sie als Prinzip, wir Alle bedürfen ihrer als Mittel. Die demokratisch-republikanische Revolution ist also unser völlig gemeinsamer Hauptzweck. Nach der Erreichung dieses gemeinsamen Hauptzweckes mögen und werden die verschiedenen Richtungen sich von einander absondern und jede ihren eigenen Weg einschlagen. Bis zu dieser Erreichung ist die Gemeinsamkeit dieses Hauptzweckes die rationelle Grundlage für die Vereinigung aller demokratisch-revolutionären Fraktionen. Diese Grundlage hat Platz für Alle, die es mit der Revolution ehrlich meinen. Gibt es in der Partei Einen, der sagt: „Wenn ich nicht die Republik mit meinem speziellen sozialen System haben kann, so will ich auch die Republik mit dem allgemeinen Stimmrecht nicht“ — oder einen Zweiten, der sagt: „Wenn ich in der Gefahr bin, daß in der Republik diese oder jene soziale Partei die Oberhand bekommen kann, so will ich lieber die Monarchie“ — oder einen Dritten, der sagt: „Ich will die Republik mit diesem oder jenem Diktator, oder ich will sie nicht mit diesem oder jenem Andern“ — wohl, diese Leute mögen sich von der Vereinigung ausschließen. Eine Partei, die einen praktischen Weg zu gehen gesonnen ist, wird an ihnen Nichts verlieren; die Andern aber können sich für jenen nächsten Hauptzweck zur einheitlichen Wirksamkeit zusammenschließen als die große vereinigte Revolutionspartei. Die Bildung dieser vereinigten Revolutionspartei ist bereits in ausgebreitetem Maßstabe gelungen, und ihr erstes großes Resultat ist die deutsche Revolutionsanleihe. Es versteht sich von selbst, daß die Organisation der Revolutionsanleihe sich nicht von dem Boden entfernen darf, auf welchem die Vereinigung der ganzen Revolutionspartei gebaut ist. Aus der Festsetzung jenes nächsten, völlig gemeinsamen Hauptzweckes, als Grundlage der Vereinigung, ergeben sich folgende Konsequenzen:

1) Außer der Erklärung der demokratisch-republikanischen Revolution als des nächsten gemeinsamen Hauptzweckes wird kein spezielles politisches und soziales Programm an die Spitze des Anleiheunternehmens gestellt.

2) Bei der Wahl des Ausschusses für die zentrale Leitung muß möglichst auf eine Vertretung der verschiedenen Fraktionen Rücksicht genommen werden.

3) Die Vollmacht dieses Ausschusses erlischt sofort nach dem Ausbruch der demokratisch-republikanischen Revolution und der Konstituierung der provisorischen Regierung von Deutschland.

Die erste dieser Konsequenzen ist bereits besprochen. Was die Zusammenfassung eines Ausschusses von Männern verschiedener Fraktionen betrifft, so scheint Dies insofern gefährlich, als die gegenseitige Opposition im Innern des Ausschusses denselben zu einer kräftigen Initiative unfähig machen könnte. Aber für Deutschland liegt die nächste revolutionäre Frage in diesem Augenblick ihrem materiellen Inhalt nach so klar und einfach vor, und die Verhältnisse unseres Vaterlandes sind so gebieterischer Natur, daß Revolutionäre von Verstand und ehrlichem Willen auch in der Wahl der Mittel nicht weit auseinander gehen können. Ueberdies drängt das sichtsichtige Herannahen der Krise, in der sich jede Aufgabe materiell stellt und materiell gelöst werden muß, so unwiderstehlich zu dem augenscheinlich Praktischen hin, daß der enge Standpunkt der fraktionären Anschauungsweise nicht mehr störend einwirken kann.

Die zweite Beilage ist der folgende

Finanzplan der deutschen Revolutionsanleihe.

§. 1. Der Betrag des Anlehens ist auf 2 Millionen Dollars festgesetzt.

§. 2. Das Anlehen wird in zwei Partien getheilt, die erste von 1 1/2 Mill., die andere von 500,000 Dollars.

§. 3. Die erste Partie wird in verzinslichen Scheinen von 25, 50 und 100 Dollars ausgegeben.

§. 4. Der Zinssatz ist auf 5 Proz. festgesetzt und beginnt die Ver-

zinsung für die bis jetzt ausgegebenen Anleihen mit dem 1. Januar 1852. Die Couponsbogen werden zu 10 halbjährigen Coupons den Schuldtheilnehmern beigelegt.

§. 5. Die zweite Partie des Anlehens von 500,000 Dollars wird in unverzinslichen Zirkulationspapieren zu 1, 2 1/2, 5 und 10 Dollars ausgegeben. Bis zum Ausbruch der Revolution werden dieselben 10 Proz. unter dem Nominalwerth ausgegeben. Sie sollen nach der Revolution an den Kassen der Republik zum vollen Nennwerthe angenommen werden.

§. 6. Ueber Amortisirung oder unmittelbare Rückzahlung des Anlehens wird die erste allgemeine Volksvertretung entscheiden.

§. 7. Je nach Wunsch kann den Gläubigern der Republik der betreffende Schuldchein ausgehändigt oder auch, falls die politischen Verhältnisse seines Wohnorts eine solche Vorsicht bedingen, sein Name oder nur statt dessen eine markirte Chiffre in das für das ganze Anlehen anzulegende Renten- und Inskriptionsbuch eingetragen werden; dem betreffenden Gläubiger wird eine Gegenchiffre übergeben, welche er eventualiter gegen den Schuldchein austauschen kann.

§. 8. Alle Papiere der erwähnten beiden Kategorien werden auf porteur ausgefellt.

§. 9. Die mit der Verwaltung der Anlehenssumme betrauten Personen haben die betreffenden Papiere gegen Fälschung zu schützen und nöthigenfalls einzelne Amortisationen vorzunehmen, welche so bald als möglich durch die der demokratischen Partei zu Gebot stehenden Organe publizirt werden müssen.

Statut der deutschen Revolutionsanleihe.

§. 1. Die Beschaffung der Summe von 2 Mill. Dollars zur Beförderung der bevorstehenden Revolution wird auf dem Wege einer deutschen Revolutionsanleihe betrieben.

§. 2. Zur Garantirung der Anleihe sollen alle Diejenigen aufgefordert werden, welche durch ihre Parteistellung der öffentlichen Meinung eine Bürgschaft bieten.

§. 3. Die Garantie besteht in der Leistung des Versprechens, in und nach der Revolution die Anleihe als eine verzinsliche Staatsschuld zur Anerkennung bringen zu wollen.

§. 4. Die Gesamtheit der Garanten hat durch einfache Majorität das Organisationsstatut der Anleihe festzustellen.

§. 5. Die Gesamtheit der Garanten hat durch relative Majorität den Ausschuss für die zentrale Leitung zu wählen.

§. 6. Zu diesen Zwecken treten die Garanten zu einem Kongress zusammen. Der Kongress zerfällt in 2 Theile, den amerikanischen und den europäischen, die jeder für sich berathen, deren Stimmen aber zur Fassung von allgemeinen Beschlüssen zusammengerechnet werden, um aus deren Gesamtheit die Majorität festzustellen.

Zusatz: Ist die Abhaltung eines Kongresses in Europa lokaler Verhältnisse wegen nicht möglich, so wird derselbe ersetzt durch schriftliche Einsendung der Stimmen oder schriftliche Instruktionen an Delegirte in London.

§. 7. Der gewählte Zentralausschuss soll seinen Sitz in London haben. Er soll aus 5 Mitgliedern bestehen und die Befugnis haben, im Fall des Austritts eines oder zweier Mitglieder sich selbständig zu ergänzen, was innerhalb 6 Wochen geschehen sein muß.

§. 8. Der Zentralausschuss hat über die Verwendung der Anleihegelder der ersten, allgemein anerkannten, revolutionären Regierung von Deutschland vollständig Rechnung zu legen und ist dem Gericht des Volkes unterworfen.

§. 9. Der Zentralausschuss ist verpflichtet, außer den laufenden Mittheilungen an die Garanten halbjährlich einen Rechenschaftsbericht zu erlassen. Ein Drittel der Garanten ist ermächtigt, auch schon vor Ablauf des ersten halben Jahres einen Rechenschaftsbericht zu fordern. Es ernimmt zu diesem Zweck von sich aus einen Delegirten, welchem der Ausschuss Einsicht in den Geschäftsgang zu gestatten hat.

§. 10. Wenn in Folge dessen ein Drittel der Garanten eine Neuwahl des Zentralomitee's verlangt, so muß diese Neuwahl nach den Bestimmungen des §. 6 innerhalb 2 Monaten von dem Zentralausschuss veranfaßt und vollzogen sein.

Deutschland.

*** Vom Neckar, 14. Sept. Die Hopfen- und Tabaksernte ist bei uns im vollen Gang, und liefert einen im Allgemeinen vorzüglichen Ertrag. Nur in einigen Strichen hat das Hagelwetter etwas geschadet; doch ist der Ertrag, wie sich herausstellt, auch dort nicht so groß, als man anfänglich befürchtet hatte. Jung und Alt ist mit dem Einheimischen beschäftigt, und überall begegnet man fröhlichen Gesichtern über den nun gesicherten Erntesegen. Könnte man nur Dasselbe von den Kartoffeln sagen! Hier hat denn doch das üble Wetter noch nachträglich sehr empfindlich geschadet. Die Städte hängen voll Knollen, diese selbst sind leidlich groß geworden, aber nur zu häufig ereignet es sich, daß die Hälfte davon verdorben ist. Und wie sich die Kartoffeln später im Keller halten werden, steht noch dahin. Am besten fallen sie wieder im leichten und Sandboden aus, während die Krankheit in den schweren Bodenarten sich am stärksten zeigt. Die Hoffnungen, die man auf den Wein hatte, sind merklich herabgestimmt. Mag sein, daß man sie zu hoch gespannt hat; denn immer ist noch eine ganz gute Kreszenz möglich.

△ Heidelberg, 14. Sept. Nach einem der Redaction des hiesigen Journals vorgelegten Originalschreiben aus Cincinnati ergibt sich, daß allerdings viele Neunkircher auf der Reise in Neu-Orleans gestorben sind, wobei übrigens

nicht erwähnt wird, daß ihre gänzlich hilflose Lage an ihrem Tode Schuld gewesen sei. Die an ihrem Bestimmungsorte Angekommenen sind mit ihrem Loos vollkommen zufrieden. Dies glaubte ich Ihnen als Ergänzung meines früheren Berichtes über diese Sache melden zu müssen.

Unser großes, vor einigen Jahren errichtetes Bezirksstrafgerichts-Gebäude wird von jetzt an als Kriminalbureau, sowie zu Wohnungen für die betreffenden Justizbeamten benützt werden. — Der künftige Stadtdirektor, Hr. v. Uria, wird nächste Woche hier eintreffen, um in seinen neuen Berufskreis einzutreten.

Unter den in den letzten Tagen hier angekommenen Fremden befand sich J. Großh. Hobeit die Frau Markgräfin Wilhelm von Baden nebst drei Prinzessinnen und J. Königl. Hobeit die Erzherzogin Elisabeth von Modena, welche letztere auf einer Reise nach Brünn begriffen war.

Nachdem Prof. Dittenberger vor acht Tagen nun mit seiner ganzen Familie nach Weimar abgereist ist, wo er sich übrigens schon im vorigen Monat hatte in seinen Dienst einweisen lassen, werden uns in den nächsten Wochen auch Henle und Pfeufer verlassen, um nach ihren Bestimmungsorten abzugehen. Dagegen ist von den hieher berufenen Dozenten bereits Prof. Arnold aus Tübingen eingetroffen.

Konstanz, 14. Sept. Unsere jetzige Gemeindeverwaltung unter der ausgezeichneten Leitung des Bürgermeisters Steiner vertritt die städtischen Interessen in höchst anerkannter Weise, bemüht sich namentlich mit großem Eifer, den städtischen Haushalt, welchen sie in schlimmem Zustande übernommen hatte, in Ordnung zu bringen, und entwickelt überall, wo für das Beste der Stadt etwas zu erreichen ist, eine energische Thätigkeit. So hat sie jetzt, eine gute Gelegenheit benützend, das in Privatbesitz gewesene Theatergebäude erworben, und beabsichtigt nicht allein, solches seiner bisherigen Bestimmung zu erhalten, sondern auch dasselbe durch bedeutende Verbesserungen auf Reparaturen und neue Einrichtungen noch brauchbarer zu machen. Wäre dies Gebäude in die Hände eines andern Käufers gekommen, so würde es sicherlich zu andern Zwecken verwendet worden sein, und da wir auf viele Meilen im Umkreise keine Anstalt haben, die uns das wahrhaft bildende Vergnügen theatralischer Vorstellungen gewährt, so wären wir ohne die Fürsorge der Gemeindebehörden in dieser Beziehung ganz verwaist gewesen. Ueberdies ist nicht zu verkennen, daß durch ein Theater unserer Stadt viele Besucher aus der Nähe zugeführt und manche fremde Bewohner erhalten werden, was natürlich sehr vorteilhaft ist.

Eine andere projektierte Maßregel, nämlich die Einführung einer städtischen Verbrauchssteuer, vermögen wir dagegen nicht eben so willkommen zu heißen; denn soll diese Steuer etwas Erkleckliches abwerfen, so würden dadurch die ohnehin theuern Lebensmittel auf eine Weise im Preise steigen, welche allen Einwohnern, und vorzüglich den ärmeren, sehr empfindlich werden könnte, und vielleicht ließe sich dadurch Mancher bestimmen, in die nahe Schweiz überzusiedeln. Auch ist die Erhebung dieser Steuer, namentlich wegen der hier bestehenden Zollschutz-Maßregeln, lästig und schwierig. Da wir jedoch unsern Gemeindebehörden das vollste Vertrauen schenken können, so dürfen wir zuversichtlich erwarten, daß sie sich zu einem solchen Schritte nur nachgedrungen entschließen werden, und wegen daher die Hoffnung, daß es denselben gelingen werde, die erforderlichen neuen Einnahmsquellen auf eine andere, weniger drückende Art zu eröffnen.

Ulm, 13. Sept. (U. Z.) Vergangenen Samstag Abend kam der Feldzeugmeister v. Haynau hier an und reiste vorgestern nach Augsburg weiter.

München, 13. Sept. (Schw. M.) Die Regierung läßt nun überall an den in Angriff genommenen Eisenbahn-Linien, wo die Unterbringung der Arbeiter in den Drischäften mit Schwierigkeiten verknüpft ist, eigene Kasernen für dieselben errichten. Mehrere solcher Kasernen bestehen bereits, und eben jetzt werden wieder zwei neue an der Ludwigs-Westbahn hergestellt, die für ungefähr tausend Individuen Raum und Betten enthalten, und mit denen Restaurationen verbunden sind, die unter amtlicher Kontrolle stehen. Für Wohnung und Bett wird jedem Einzelnen der äußerst geringe Betrag von 1½ fr. täglich an der Lohnung abgezogen. Auch für Erkrankungsfälle sind zweckdienliche Vorkehrungen getroffen. Während in solcher Weise für die leiblichen Bedürfnisse vorzüglich gesorgt ist, wurde auch der Gedanke angeregt, für die von den Drischäften weiter entfernten Arbeiterabteilungen eigene Geistliche zu bestellen, deren Unterhalt ebenfalls mittelst ganz geringer Lohnabzüge bestritten werden könnte. Man hat indeß hierauf leider nicht eingehen zu können geglaubt.

Kassel, 13. Sept. Die heutige „Kass. Ztg.“ enthält im amtlichen Theile das Ausschreiben des Finanzministeriums, die Aufnahme eines Anlehens von einer und einer halben Million Thaler betreffend.

Koblenz, 13. Sept. Seit voriger Woche hat unsere Garnison ihre gewöhnlichen, diesmal aber in größerem Maßstabe angeordneten Herbstübungen abgehalten, und zwar den ersten Theil derselben, welcher das Exerzieren in der Brigade ausmacht. Vorgefremt schloß dieser Theil mit einer Parade auf der Karthäuser Anhöhe, welcher auch Ihre Königl. Hobeit die Frau Prinzessin von Preußen beizuwohnen geruhete. Heute haben nach dem Eintreffen des 8. Kürassierregiments aus Deuz und des 8. Jägerbataillons aus Weßlar die Divisionsübungen begonnen, welche in unserer Nähe und fernern Umgebung gehalten werden und meist in Feldmärschen bestehen.

In der Werkstatt der Gebrüder Elsner hieselbst ist ein kleines, aber höchst gelungenes und zierlich gebautes Lokaldampfsboot von 12 Pferdekraft fertig geworden, welches in der Taufe den Namen der Prinzessin Louise, Tochter Sr. Königl. Hobeit des Prinzen von Preußen, erhalten, und zwischen hier, Neuwied und der Bahn fahren wird.

Die öffentlichen Blätter haben die Nachricht gebracht, daß Se. Maj. der König im Laufe des Herbstes abermals an den

Rhein kommen, sogar einige Zeit auf Burg Stolzenfels residieren werde. So viel ich habe in Erfahrung bringen können, sind darüber noch keine bestimmte Nachrichten hier eingetroffen.

Der bekannte Bischof Laurent, apostolischer Vikar von Luxemburg, weilt seit einigen Tagen in unserer Stadt und ist in dem Hause, welches die Redemptoristen erworben haben und bewohnen, welches daher schon das Kloster genannt wird, abgestiegen.

Hannover, 10. Sept. (Schw. M.) Gestern Abend gab die Stadt Hannover der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe ein Festessen in dem glänzend illuminierten Garten des Neuen Hauses. In der heutigen Sitzung der Sektion für Ackerbau wurde für Moorogebenden eine wichtige Entdeckung mitgetheilt. Dieselbe betrifft nämlich die Benützung ausgetorfener Gründe, welche bekanntlich oft erst nach 100 Jahren wieder nutzbar sind. In Holstein hat man nun solche Gründe mit dem gewöhnlichen Rohr in der Art angebaut, daß man dasselbe in Bündel bindet und diese an einander vom Mai bis Juli auf die Wasserfläche legt. Der Morgen so benützten Landes hat einen jährlichen Reinertrag von 20 Thln. ergeben. Das Rohr ist ein sehr gutes Dachdeckmaterial, und wird auch von den Maurern beim Berippen der Wände gebraucht. Eine interessante Mittheilung wurde von einem Rheinländer dahin gemacht, daß in einer einzigen Landgemeinde bei Cleve jährlich 10,000 Jtr. Guano zum Düngen verwendet würden, und daß die Bewohner dieses Orts dadurch sehr wohlhabend geworden wären. Schließlich ergriff der erste Vorstand das Wort und sprach Namens der Versammlung den Dank für die herzliche Aufnahme in Hannover aus. Nachdem noch Professor Rau aus Heidelberg und Minister v. Hammerstein einige Abschiedsworte gesprochen hatten, trennte sich die Versammlung. Nächstes Jahr wird sie sich zu Nürnberg versammeln. Diesmal waren 1122 Theilnehmer erschienen, also mehr als in irgend einem Jahr seit der Revolution.

Hamburg, 11. Sept. (Fr. P.-Ztg.) Die Anwesenheit J. M. des Königs und der Königin von Schweden gab gestern Abend zu einer bedauerlichen Demonstration Anlaß, welche indeß in ihren Folgen wohl kaum zu irgend welchen Weiterungen führen dürfte. Die Allerhöchsten Herrschaften wohnten im Stadttheater einer Vorstellung des „Propheeten“ bei, und wurden im Theater sowohl als außerhalb desselben überall, wo sie vorbeifuhren, von der versammelten Menge mit Hurrarufen begrüßt. Als sie jedoch vor das Hotel de l'Europe, wo sie abgestiegen, kamen, vernahm man aus der Menge, wie auf ein verabredetes Zeichen, ein Zischen und Pfeifen, das mit dem Absingen des bekannten Liedes „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ endete. Das Geschrei und Geheul nahm allmählig so überhand, daß die Polizei zum Einschreiten gegen die Ruhestörer sich veranlaßt sehen mußte und einige der Tumultuanten zur Haft brachte.

Berlin, 13. Sept. Der Finanzminister v. Bodelschwingh wird am nächsten Mittwoch, den 15., Morgens, aus Westphalen wieder hier eintreffen. Noch am Vormittage des 15. soll dem Bernehmen nach ein Ministerrath zur Beschlußnahme in der Zollvereins-Frage abgehalten werden. Daß die Koalitionsregierungen bereits am Mittwoch die von Preußen erbetene Erklärung abgeben werden, ist nicht zu erwarten. Dabei wird es nach mehrseitigen übereinstimmenden Mittheilungen aus eingeweihten Regionen hier bereits als feststehend angenommen, daß die bevorstehenden Verlautbarungen der Darmstädter Verbündeten noch keineswegs eine definitive Entscheidung nach der einen oder der andern Seite hin bringen werden. Es sind abermals mehrfache Vermittlungsversuche im Gange, welche zunächst das Abbrechen der Verhandlungen zu vermeiden streben. Ueber die Entschliessung der diesseitigen Regierung für den Fall einer nochmals den Abschlus hinauschiebenden Rückäußerung verlaute noch nichts Zuverlässiges.

Berlin, 13. Sept. Die Gardetruppen der hiesigen Garnison sind nunmehr sämmtlich wieder in ihre Quartiere eingerückt. Im Laufe des gestrigen Tages folgten der schon früher angelangten Infanterie die Artillerie und Kavallerie, welche die letzte Nacht in der Umgegend von Spandau bivouacirt hatten. Durch das plötzlich eingetretene rauhe, windige und regnerische Wetter der letzten Tage sind bei den Manövertruppen noch mehrere Krankheitsfälle hervorgerufen worden. Doch ist im Ganzen der Gesundheitszustand der Garnison sehr befriedigend, wie denn auch in der Stadt keinerlei bosartige Krankheitsfälle vorkommen. Am Sonnabend sollen einzelne Cholerafälle vorgekommen sein.

Mit Unrecht legt man in manchen Kreisen der kürzlich erfolgten Ankunft des Hrn. v. Bethmann-Holweg hieselbst eine besondere politische Wichtigkeit bei. Hr. v. Bethmann hat nach ganz kurzem Aufenthalt Berlin bereits wieder verlassen, und ist in Gesellschaft mehrerer Freunde zum Kirchentage nach Bremen gegangen.

Der Kirchentag wird von hieraus zahlreich besucht. Namentlich haben sich zu demselben auch Mitglieder des evangel. Oberkirchenraths, die H. H. Smetlage, Riisch und v. Mühlner, begeben.

In der Bethmann'schen Fraktion herrscht neuerdings ganz unverkennbar eine wachsende Müdigkeit. Sie scheint große Hoffnungen auf die nächsten Kammerwahlen zu setzen, und es treten Anzeichen einer in dieser Hinsicht eingeleiteten Verständigung zwischen der Fraktion und denjenigen Schichten des Liberalismus hervor, welche nach den gemachten Erfahrungen ein neues Bündniß mit der Demokratie verschmähen.

Zum nächsten Donnerstag ist eine Hofjagd in der Grinnig angelegt, an welcher außer den königl. Prinzen wahrscheinlich auch Se. Maj. der König Theil nehmen wird. Der selbständige Hofjagd Sr. Kön. Hobeit des Prinzen Friedrich Wilhelm in Potsdam ist auf zwei Jahre berechnet. Nach dem zweijährigen Aufenthalt in Potsdam wird der Prinz die ursprüngliche Jagd für dies Jahr beabsichtigte große Reise antreten. Die Konfirmation J. Kön. Hobeit der Prinzessin

Anna erfolgt am 5. Oktober. Man versichert, daß noch im Verlaufe dieses Herbstes die Verlobung der Prinzessin mit dem Prinzen Friedrich von Hessen stattfinden werde.

Der Vorstand der hiesigen Mathäimgemeinde hat jetzt die ersten offiziellen Schritte zur Begründung einer neuen Filialkirche gethan, welche bekanntlich nahe bei dem Sitzungssaal der Ersten Kammer erbaut werden soll.

In der neubegründeten Staatsdruckerei hat bis jetzt der Druck von Werthpapieren noch nicht begonnen, obwohl die inneren Einrichtungen der Anlage zum größten Theil schon seit Ende Juni vollendet sind. Man ist noch fortwährend mit Versuchen beschäftigt, um die sehr umfassenden und komplizierten Maschinen erst in gehörigen Gang zu bringen. Für die nächsten Wochen steht aber nunmehr der Beginn der eigentlichen Arbeiten zu erwarten. Allem Anschein nach sollen nach vollendetem Druck der Werthpapiere auch die andern von der Regierung sonst der Privatindustrie übergebenen Druckarbeiten in Zukunft durch die Staatsdruckerei besorgt werden. Auf andere Weise wäre auch die noch stets wachsende Vergrößerung der neuen Anlage gar nicht zu erklären.

Wiederholt wird hier mit voller Bestimmtheit dem noch immer in einem Theil der Presse umlaufenden Gerüchte widersprochen, daß die Regierung der französischen Republik sich mit einer Beschwerde gegen die deutsche Presse an den Bundestag gewendet habe. Durchaus als widerförmig wird dabei das Gerücht bezeichnet, daß diese angeblich an den Bundestag gelangte Beschwerde gar nur gegen die preussische Tagespresse gerichtet sei. Die ganze Nachricht entbehrt aller Begründung.

Zwickau, im Sept. (Allg. Ztg.) Nach einer Aufforderung des Gymnasialdirektors Ried und des Medizinalraths Unger wird hier eine Sammlung für die entlassenen Kieler Professoren veranstaltet.

Schweiz.
Aus der Schweiz, 13. Sept. Der „Bund“ bringt die provisorischen, vom Post- und Baudepartement erlassenen Vorschriften über die Benützung der elektrischen Telegraphen. Die Uebergabe der Telegraphen zur Benützung des Publikums wird einstweilen noch nicht erfolgen. In diesem Augenblick wird von Genf bis Rheineck und von Jofingen nach Basel telegraphirt. An den Parallelstellen zu dieser Hauptlinie wird nun im Kanton Neuenburg, im bernischen Jura, ferner im Kanton Luzern rüstig gearbeitet. Die Linien von Zürich nach Chur und von St. Gallen nach Chur gehen ihrer Vollendung entgegen. Was die Linien über den Gottardt und den Bernardin betrifft, so sind die Arbeiten dort ebenfalls schon ziemlich vorgerückt. Im Allgemeinen steht zu erwarten, daß vor Eintritt des Winters alle Hauptstationen in Verbindung gesetzt werden können.

Der Schaffhauser Gr. Rath hat beschlossen, es sollen die Zahlungen in Folge von Geldverträgen, welche vor Ausführung der schweizerischen Münzreform in Reichsgulden abgeschlossen worden, in derselben noch gültig bis 31. Dez. 1854 geleistet werden können. Fiskal Ammann wurde in seinem Amte bestätigt.

Der Staatsrath des Kantons Waadt hat offizielle Kenntnis erhalten von der am 6. d. in London dem schweizerischen Konsul hinterlegten Kaution für die Morges-Verdon-Eisenbahn. Nach der „Gazette“ wären jedoch dabei noch einige Bedingungen in Betreff des Rückkaufes gestellt worden, über welche der Gr. Rath noch zu entscheiden haben werde.

Vorigen Sonntag starb an einem Schlagflusse der eidgenössische Oberst und Kommandant der zürcherischen Artillerie und Infanterie, Hr. Joh. Kon. v. Dreili.

Die Direktion der zürcherischen Nordbahn-Gesellschaft hat unterm 10. d. der aargauischen Regierung die Erklärung zugesandt, daß sie gewonnen sei, die Vollendung ihrer Bahn bis Aarau und Waldshut mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben. Im Weiteren erklärt sie, daß sie in Unterhandlungen begriffen sei, deren Zustandekommen die Ausführung eines bedeutenden Theils des schweizerischen Eisenbahn-Reges sichern würde. Und hieran knüpft sie das Gesuch um eine Konzession bis an die aargauische Gränze, sowohl gegen Olten als gegen Murgenthal.

Sardinische Ingenieure beschäftigen sich noch immer mit Studien zu einer Bahn von Chambery nach Genf, und zwar über Annecy.

Frankreich.
Aus dem Elsaß. (B. Z.) Die Angelegenheit der Arbeiter von Willer, die in der Fabrik des Hrn. Köhlin höhern Arbeitslohn erzwingen wollten, und sich dann gegen das einschreitende Militär ungebührlich benahmen, ist von dem korrekteren Gerichte in Belfort erledigt worden. Die zwei Hauptführer wurden zu 4 Monaten Gefängnis, drei andere zu 3 Monaten, vier zu 2 Monaten, fünf zu 40 Tagen, sechs zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Alle müssen solidarisch die Kosten des Prozesses tragen.

† **Paris, 14. Sept.** Der „Moniteur“ enthält ein Dekret in Bezug auf die Beendigung der Telegraphen, worin dem Minister des Innern ein außerordentlicher Kredit von 1,360,990 Fr. eröffnet wird, welcher der gesetzgebenden Versammlung zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Die Stadt Napoleon Bendée erhält die Ermächtigung zur Errichtung einer Statue des Kaisers Napoleon. Weiter enthält der „Moniteur“ ein Reglement für den religiösen Unterricht und einen vollständigen Studienplan nebst Programm der Lehrgegenstände für die Lyzeen. Die Inspektion für den katholischen Unterricht findet in Begleitung eines Bevollmächtigten des Unterrichtsministers statt. Für den Religionsunterricht ist in allen Klassen wöchentlich nur eine Stunde bestimmt, womit der „Univiers“ und die „Union“ sehr wenig zufrieden sind. Der halbamtliche Theil des „Moniteurs“ bringt die Anzeige, daß das Staatsministerium modifizirt ist, indem die Direktion der Palläste und Nationalmanufakturen von demselben abgezweigt und wie die Direktion des Rechnungswesens dem Generalsekretariat überwiesen wurde. Gleichzeitig

E.994. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Großherzoglich Badischer Staats-Telegraph.

Durch die nunmehr hergestellte Telegraphen-Verbindung Frankreichs mit Baden können jetzt telegraphische Depeschen von den Großherzoglich Badischen Telegraphenstationen, sowie von allen Stationen des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins nach den französischen Telegraphenstationen, und umgekehrt, zur direkten Beförderung aufgegeben werden.

Die französische Telegraphenverwaltung übernimmt ferner die nach den englischen und belgischen Telegraphenstationen bestimmten, sowie die von dort herkommenden Depeschen zur Weiterbeförderung.

Die Beförderung der englischen Depeschen geschieht mittelst des unterseeischen Telegraphen von Calais nach Dover, und die Weiterbeförderung der belgischen Depeschen findet über die Grenzstation Quiévrain statt.

Die betreffenden Telegraphentaxen sind auf den Telegraphenstationen durch Anschlag zur Kenntnis des Publikums gebracht worden. Karlsruhe, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

Die Möbel sind noch neu und aus einer der ersten Möbelfabriken Deutschlands angekauft. Die Einsicht der Möbel ist jeden Tag gestattet. Baden, den 13. September 1852.

Wirtschaftsverkauf. Der Unterzeichnete ist wegen vorgerückten Alters genehmigt, sein dreistöckiges, mitten in der Stadt gelegenes Wirthshaus zur Blume, mit Nebenbau, Scheuer, Stallungen und Hofplatz, den 1. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, einer öffentlichen Versteigerung auf dem Plage selbst auszufahren; der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag mit 8000 fl. oder darüber geboten wird.

E.632. [4]. **Rheinische Dampfschiffahrt.**

Kölnische Gesellschaft.



Tägliche Abfahrten vom 15. September c. an:

von Mannheim nach Köln 7 1/2 Uhr Morgens, Schnellschiff, nach Ankunft des 1. Zugs von Karlsruhe, in Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London; Coblenz 11 1/2 Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zugs von Offenburg, Repl, Straßburg, Baden-Baden; Mainz 5 1/2 Uhr Nachmitt., nach Ankunft des 1. Zugs von Haltingen-Basel.

E.983. Sinsheim. **Verpachtung einer Mühle zu Grombach (Bezirksamts Sinsheim).**

Die auf Martini d. J. leihfällig werdende grundherrschafliche Mühle zu Grombach soll alsbald auf weitere sechs oder neun Jahre in Bestand gegeben werden.

Die Mühle hat einen Schälengang, zwei Mahlgänge und geräumige Bohnung, sodann Stallung für Pferde, Rindvieh und Schweine, Scheuer, großen Keller und Speicher, und ist sowohl in Ansehung der Gebäulichkeiten, als des Mählwertes im besten Zustande; zwölf neubauartige Worges Aecker und Wiesen, welche unmittelbar um die Mühle herum liegen, werden mit verpachtet. Das ganze Anwesen wird auf Verlangen von Feldrichter Georg Hgmann in Grombach vorgezeigt.

Pachtlustige wollen sich unter Angabe ihrer Pachtgebote und ihrer Kautionsmündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten wenden, bei welchem die Pachtbedingungen täglich Vormittags eingesehen werden können. Sinsheim, den 14. September 1852.

Grundherrl. Rentamt Grombach. Rees.

E.956. [3]. Emmendingen. **Brauerei-Verkauf.**

Freitag, den 24. September d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden auf dem hiesigen Rathhause freiwillig in öffentlicher Steigerung verkauft:

Eine zweistöckige Behausung mit Brauhaus, Brauereierichtung und Bierwirthschafts-Gerechtheit, Scheuer, Stallung und dabei gelegener Garten und Baumfeld, sowie eine einstöckige Behausung mit gewölbtem Keller hinter obigem Gebäude, dahier in der untern Vorstadt gelegen.

Weiter werden mit verkauft circa 2 Mannshaut Acker und ein darunter befindlicher Lagerkeller. Das Ganze ist vortheilhaft gelegen und befindet sich schon seit vielen Jahren in gutem Betrieb.

Die Kaufbedingungen, sowie die Lokalitäten sammt Zugehör können bei Schloffermeister Wehrle dahier, als dem Bevollmächtigten des Theodor Geiger, täglich eingesehen werden. Emmendingen, den 11. September 1852.

E.908. [3]. Nr. 6900. Bretten. **Versteigerung.**

Aus der Erbmasse des verstorbenen Kammerraths Johann Jakob Fuchs von Diedoheim werden gegen baare Bezahlung versteigert,

Donnerstag, den 23. dieses Monats, Vormittags 8 Uhr anfangend, a) in dem Keller unter dem Großherzoglichen Amtsgebäude hier:

8 Dhm 1846r Diedofelder Burgtraminer, 8 " 1848r do. Rislin, 6 1/2 " 1848r Wachenheimer, 18 " 1850r Bruchsalter, 3 1/2 " 1849r do., 6 1/2 " 1846r Jenterner Rother, etwas Trübwein.

18 Stück in Eisen gebunden, von 21 Dhm abwärts; Faßlager und sonstiges Kellergeräthe. b) Im Rathhause hier: Schäferergeräthschaften, und 16 Mäler Repps.

Freitag, den 24. dieses Monats, eben so anfangend: c) im Kammerrathshause in Diedoheim, Weine:

3 Dhm 1849r, 2 1/2 " Moß, 2 1/2 " Zweifelhochwasser, 23 Maas Hefenbranntwein, einige Krüge und Flaschen Kirschwasser, Rhum, Arak u. s. w.

34 Stück in Eisen gebunden, von 12 Dhm abwärts, einige kleine Faßchen, und sonstiges Kellergeräthe. Wozu die Liebhaber eingeladen werden. Bretten, den 10. September 1852.

Großh. bad. Amtskreisforat. Gläsnert. Der Großh. Distriktsnotar: Schnabel.

E.949. [2]. Nr. 126. Durmersheim. **Schaf-Winterweide-Verpachtung.**

Die Gemeinde Durmersheim läßt am Freitag, den 24. September d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause daselbst die Schaf-Winterweide auf ihrer Gemarke in Pacht einer öffentlichen Steigerung aussetzen, welche bis den 15. Oktober d. J. mit 700 bis 800 Stück Schafen bezogen werden kann.

Die Bedingungen können jeden Tag auf dem Rathhause in Durmersheim eingesehen werden. Durmersheim, den 13. September 1852.

Das Bürgermeisteramt. Paig. vdt. Mastel, Rathschr.

E.981. [2]. Nr. 1372. Bonndorf. **Harz- und Lichterbedarf.**

Der Bedarf der Brauerei Rothhaus von 40 Jentnern Harz und 5 Unschlittlichter wird im Wege der Soumission vergeben.

Die Soumissionsgesuche wollen innerhalb 14 Tagen unter Anschluß der Muster anher eingesehen werden. Bonndorf, den 13. September 1852.

Großh. Domänenverwaltung. E.979. Nr. 21,581. Bretten. (Aufforderung und Fahndung.) Der Eisenbahnarbeiter Gottfried Grau von Wiesensteig, K. Würtemberg, steht dahier in Untersuchung wegen Verwundung des Franz Grupp von Eppingen.

Derselbe ist aus dem Urtheilsgangnis in Rinslingen ausgebrochen und wird nunmehr aufgefordert, sich binnen drei Wochen zu stellen und über obige Anschuldbildung vernehmen zu lassen, widrigenfalls sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt werden soll. Auch bitten wir, auf Grau zu fahnden und ihn hierher abzuliefern. Bretten, den 10. September 1852.

Großh. bad. Bezirksamt. v. Senger. vdt. Derwächter, Akt.

E.916. [3]. Nr. 15,939. Radolpshzell. (Aufforderung.) Hieronymus Gehweiler von Radolpshzell, Soldat im VII. Infanterie-Bataillon, hat sich ohne Erlaubnis aus der Garnison Rastatt entfernt.

Derselbe wird aufgefordert, sich binnen sechs Wochen entweder dahier oder bei seinem Kommando zu stellen und über seine Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er, persönlich bestraft werden wird, als Deserteur in eine Gefängnisstrafe von 1200 fl. verfällt und des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt werden wird.

Radolpshzell, am 8. September 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Valtmann.

E.954. Nr. 27,662. Pforzheim. (Aufforderung.) Jakob Friedrich Seiler von Bächelbronn hat sich am 22. v. Mts. von Hause entfernt und soll nach Amerika ausgewandert sein. Wir fordern ihn daher auf, sich innerhalb 6 Wochen dahier zu stellen und über die Anschuldbildung der heimlichen Auswanderung zu verantworten, als sonst gegen ihn weiter nach Maßgabe des Gesetzes vom 3. Oktober 1820 verfahren wird.

Pforzheim, den 10. September 1852. Großh. bad. Oberamt. Secht.

E.990. Nr. 28,411. Achern. (Aufforderung.) August Bed, ledig, Rosalie Bed, ledig, Regina Mundi, ledig, und Arrian Krätzler, ledig, von Oberachern, sollen vor Kurzem nach Nordamerika heimlich ausgewandert sein. Dieselben werden daher aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier zu stellen, widrigenfalls sie des badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die veranlassenen Kosten verfallen werden würden. Achern, den 10. September 1852.

Großh. bad. Bezirksamt. Pymann. E.991. Nr. 28,697. Achern. (Fahndungs- und Aufnahme.) Die unterm 1. d. M., Nr. 27,618, gegen Benedikt Scheuerer von Gamsfurt erlassene Fahndung wird zurückgenommen.

Achern, den 13. September 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Pymann. E.985. Nr. 39,762. Mosbach. (Straferkenntnis.) Soldat Johann Gg. Hüther von Mörtsstein, welcher der öffentlichen Aufforderung vom 12. Juli d. J., Nr. 30,078, bis jetzt nicht Folge leistete, wird dem Gesetze vom 3. Oktober 1820 gemäß des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Strafe von 1200 fl. verfällt.

Mosbach, den 2. September 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Pulser. vdt. Eisenhut.

E.982. Nr. 25,315. Baden. (Bekanntmachung.) In Untersuchungsachen gegen Philipp Meier von Riedheim, Großh. Bezirksamts Blumenfeld, wegen Unterschlagung, haben wir durch Urtheil vom 5. v. Mts., Nr. 20,826, erkannt:

Es habe die Untersuchung gegen Philipp Meier von Riedheim wegen Unterschlagung zwar wegen Mangels am Beweise des Thatbestandes zu beruhigen, dagegen sei der Angekuldigte zur Tragung der Kosten zu verurtheilen.

Da der gegenwärtige Aufenthalt des Philipp Meier unbekannt ist, so wird ihm dieses Urtheil auf diesem Wege eröffnet. Baden, den 11. September 1852.

Großh. bad. Bezirksamt. Sabs. E.953. [3]. Nr. 29,465. Mannheim. (Aufforderung.) Nachdem die nächsten Erben des Tapizers Johann Gottlieb Geiger von hier auf dessen Nachlaß verzichtet haben, hat deshalb dessen Wittwe ein Einweisung in die Gewähr der Erbschaft gebeten. Es werden daher etwaige näherberechtigte aufgefordert, ihre Erbschaftsanprüche binnen 6 Wochen dahier geltend zu machen, widrigenfalls dem Antrag der Wittve entsprochen wird.

Mannheim, den 11. September 1852. Großh. bad. Stadtkam. J. A. v. St. D.: Jäger Schmidt.

E.988. [2]. Nr. 6369. Walldorf. (Erbbvorladung.) Johann Nikolaus Lang, Schloßferrgelle von Walldorf, dessen Aufenthaltsort schon seit mehreren Jahren unbekannt ist, wird zur Ertheilung seiner den 30. Juli 1851 verordneten Nut-

ter, Amtsbienner Nikolaus Lang Wittve, Elisabetha, gebornen Mdrschel, mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß nach erfolgtem Ablauf der zu seinem Erscheinen hiermit anderäumten Frist von drei Monaten,

von heute an, die Erbschaft lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen sie zukame, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbansfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre. Wiesloch, den 14. September 1852.

Großh. bad. Amtskreisforat. Süß, D. B. E.980. [3]. Bonndorf. (Erbbvorladung.) Zur Erbschaft des am 28. März d. J. verstorbenen Wittwers und Leibgebers Johann Martin Kenderler von Kesslingen sind durch Testament berufen:

1) Ludwig Berolla, 2) Franz Berolla, 3) Maria Anna Berolla, Ehefrau des Johann Georg Keller, und 4) Maria Josepha Berolla - Sämmtliche von Erwartungen.

Da dieselben seit mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert sind, und ihr Aufenthalt dahier nicht bekannt ist, werden sie, oder ihre Nachkommen, hiemit aufgefordert, zur Empfangnahme ihrer Vermächtnisse innerhalb 3 Monaten von heute an dahier sich zu stellen, ansonst solche lediglich Denjenigen zugetheilt werden würden, denen sie zukamen, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbansfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bonndorf, den 13. September 1852. Großh. bad. Amtskreisforat. Jeps. vdt. Köllenberger, D. Notar.

E.989. Nr. 25,060. Durlach. (Schuldenliquidation.) Steinhauer Konrad Weng, ledig, von Söllingen, will nach Nordamerika auswandern. Etwaige Forderungen an denselben sind Dienstag, den 21. d. M., früh 8 Uhr, dahier anzumelden.

Durlach, den 14. Septbr. 1852. Großh. bad. Oberamt. Spangenberg. E.957. Nr. 27,981. Pforzheim. (Schuldenliquidation.) Karl Tröschler von Dillfeld mit seiner Familie, die ledige Barbara Eberhard von Lehnigen, Johannes Sickingers Wittve mit ihren Kindern, und Gregor Sickingler mit seiner Familie von Pamburg, sind Willens, nach Amerika auszuwandern, weshalb deren Gläubiger aufgefordert werden, ihre Ansprüche am

Mittwoch, den 22. d. M., Vorm. 11 Uhr, um so gewisser anzumelden, als wir ihnen sonst zur Befriedigung nicht verhelfen könnten. Pforzheim, den 11. September 1852.

Großh. bad. Oberamt. Secht. E.961. Nr. 38,496. Lahr. (Schuldenliquidation.) Soldat Karl Göhr von Sulz hat um Auswanderungserlaubnis gebeten. Zur Schuldenliquidation wird Tagsfahrt auf

Dienstag, den 21. Septbr. d. J., Vorm. 9 Uhr, mit dem Anfügen anberaumt, daß, wenn keine Einsprache erfolgt, der Paß sogleich verabsolgt werden wird. Lahr, den 7. Septbr. 1852.

Großh. bad. Oberamt. Neubronn. vdt. Hertenslein. E.960. Nr. 38,497. Lahr. (Schuldenliquidation.) Benedikt Seidel Eheleute von Oberachern beabsichtigen, nach Amerika auszuwandern. Zur Schuldenliquidation wird Tagsfahrt auf

Samstag, den 2. Oktober d. J., Vorm. 9 Uhr, mit dem Anfügen anberaumt, daß, wenn keine Einsprache erfolgt, der Paß sogleich verabsolgt werden wird. Lahr, den 7. Septbr. 1852.

Großh. bad. Oberamt. Neubronn. vdt. Hertenslein. E.959. Nr. 38,609. Lahr. (Schuldenliquidation.) Georg Fischer von Kürzell beabsichtigt, nach Amerika auszuwandern. Zur Schuldenliquidation wird Tagsfahrt auf

Samstag, den 25. Sept. d. J., Vorm. 10 Uhr, mit dem Anfügen anberaumt, daß, wenn keine Einsprache erfolgt, der Paß sogleich verabsolgt werden wird. Lahr, den 10. Septbr. 1852.

Großh. bad. Oberamt. Neubronn. vdt. Hertenslein. E.958. Nr. 38,859. Lahr. (Schuldenliquidation.) Andreas Wurth Eheleute von Dudenheim beabsichtigen, nach Amerika auszuwandern. Zur Schuldenliquidation wird Tagsfahrt auf

Dienstag, den 28. Septbr. d. J., Vorm. 9 Uhr, mit dem Anfügen anberaumt, daß, wenn keine Einsprache erfolgt, der Paß sogleich verabsolgt werden wird. Lahr, den 11. Septbr. 1852.

Großh. bad. Oberamt. Neubronn. vdt. Hertenslein. E.904. [3]. Nr. 22,212. Walldorf. (Schuldenliquidation.) Der ledige Martin Strag von Haslachsimonswald und die ledige Maria Lehmann von Untersimonswald wollen nach Amerika auswandern. Wir haben nun Tagsfahrt zur Schuldenliquidation auf

Donnerstag, den 30. September d. J., Morgens 8 Uhr, anberaumt, und fordern Diejenigen, die eine Forderung an die Genannten zu machen haben, auf, dieselbe in obiger Tagsfahrt bei uns anzumelden, widrigenfalls ihnen später nicht mehr zur Befriedigung verholfen werden kann.

Walldorf, den 10. September 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Secht. E.993. Nr. 17,350. Blumenfeld. (Schuldenliquidation.) Gegen Joh. Franz, Weder von Leisferdingen, ist Gant erkannt, und Tagsfahrt zum Rechtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Mittwoch, den 6. Oktober d. J., Vormittags 10 Uhr, anberaumt. Im Uebrigen wiederholen wir Aufforderung und Drohung wie in vorstehendem Gantauschreiben. Bezirksamt Blumenfeld, den 8. September 1852. Reif.